

Antrags-Nr.: 1.12.2

Thema: Nachhaltigkeit und Menschenrechte sichern

Antragsteller: AWO BV Hessen-Nord e.V.

1 **Die Bundeskonferenz möge beschließen:**

2

3 Wir fordern die Regierungen und Parlamentarier in Deutschland auf, sich für eine
4 Welt einzusetzen, in der Unternehmen Menschenrechte achten und Umweltzerstö-
5 rung vermeiden - auch im Ausland. Hierzu gehört die Ausschöpfung aller internatio-
6 nalen rechtlichen, vertraglichen und politischen Möglichkeiten, zum Beispiel durch
7 die entsprechend verbindliche Gestaltung von Handelsabkommen oder die konse-
8 quente Verhängung und Durchsetzung von internationalen Sanktionen. Hier muss
9 die deutsche Politik endlich Farbe bekennen! Aber auch die Verpflichtung insbeson-
10 dere größer, international agierender Unternehmen stellt eine notwendige Maßnah-
11 me dar. Um die anstehende notwendige Debatte über eine EU-Regelung aktiv und
12 glaubhaft mitgestalten zu können, halten wir es für notwendig, dass in Deutschland
13 ein wirksames Lieferkettengesetz verabschiedet wird.

14 Wir fordern, dass Unternehmen zur Sorgfalt in der gesamten Wertschöpfungskette
15 verpflichtet werden und nicht hinter die Anforderungen der UN-Leitprinzipien für Wirt-
16 schaft, Menschenrechte und Nachhaltigkeit zurückfallen dürfen.

17 Wir fordern, dass die Bundesregierung zu ihrer Zusage aus dem Koalitionsvertrag
18 stehen muss, ein Lieferkettengesetz für große Unternehmen auf den Weg zu brin-
19 gen, um ein faires und nachhaltiges Wirtschaften zu erreichen. Kleine und mittel-
20 ständische Unternehmen (KMUs) sind hiervon auszunehmen.

21 Eine bundesdeutsche Regelung kann dauerhaft nur Bestand haben, wenn ein ent-
22 sprechendes Regelwerk auch zeitnah auf europäischer Ebene verbindlich beschlos-
23 sen und umgesetzt wird. Wir fordern daher, dass die Ankündigung von
24 EU-Justizkommissar Didier Reynders für ein europäisches Lieferkettengesetz zeit-
25 nah erarbeitet und umgesetzt wird. Das Europäische Lieferkettengesetz sollte Teil
26 des Green Deal der Europäischen Union und leitend für den Wiederaufbau einer
27 nachhaltigen EU-Wirtschaft nach der Corona-Krise sein.

28

29 **Begründung:**

30

31 Ein Lieferkettengesetz, das menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfalts-
32 pflichten gesetzlich verankert, wäre ein Nachhaltigkeitsschub für die deutsche Wirt-
33 schaft.

34 Umweltschutz und der Schutz von Menschenrechten sind untrennbar.

35 Die resilientere Gestaltung von Lieferketten, die aktuell in aller Munde ist, darf sich
36 deshalb nicht auf die wirtschaftliche Funktionalität beschränken und kann nicht nur
37 auf Maßnahmen abstellen, die die Versorgungssicherheit in Deutschland gewährleis-
38 ten. Der Ruf nach resilienteren Lieferketten muss auch den Schutz von Menschen-
39 rechten berücksichtigen und vor allem einen besseren Schutz der Menschenrechte
40 für Beschäftigte, Kleinbäuerinnen/Kleinbauern und andere Kleinproduzent*innen ent-
41 lang ihrer Wertschöpfungsketten einschließen.

Arbeiterwohlfahrt Bundeskonferenz 2021

18.-19. Juni

42 Die Corona-Krise hat uns in den letzten Monaten aufgezeigt: Unternehmen, die ihre
43 Lieferketten kennen und auf verlässliche Partnerschaften setzen, sind krisenfester.
44 Viele Unternehmen in Deutschland sprechen sich bereits für ein Lieferkettengesetz
45 aus. Sie versprechen sich mehr Wettbewerbsgleichheit beim Schutz von Menschen-
46 rechten und Umwelt in der Wirtschaft.
47 Schon heute organisieren sich Unternehmen in freiwilligen Bündnissen ohne gesetz-
48 lichen Rahmen, um beispielsweise nachhaltiger und fairer zu produzieren. Diese
49 Bündnisse sind allerdings selbst verpflichtend und sie engagieren sich schon jetzt
50 verstärkt für die Achtung der Menschenrechte und den Umweltschutz. Doch sie wer-
51 den benachteiligt gegenüber einer verantwortungslosen Konkurrenz, weil viele Un-
52 ternehmen sich nicht freiwillig an Menschenrechte und Umweltschutz halten, auch
53 wenn sie es gerne versprechen oder weil selbst auferlegte Standards dieser Unter-
54 nehmen zum Großteil als Marketing aufgefasst werden müssen, da sie keinen wirk-
55 samen Schutz von Menschenrechten und Umweltstandards bieten. Gerade jene
56 kleinen und mittleren Unternehmen – oft auch familiengeführte Unternehmen -, die
57 sich selbst wirksamen Regelungen zu fairem und nachhaltigem Wirtschaften aufer-
58 legt haben, schaffen Arbeitsplätze und Wertschöpfung entlang der ganzen Lieferket-
59 te in Deutschland statt diese, wie die großen multinationalen Konzerne in Ländern
60 mit möglichst niedrigen Lohnkosten auszulagern. Durch ein wirksames Lieferketten-
61 gesetz werden somit auch Arbeitsplätze und Wohlstand in Deutschland und der Eu-
62 ropäischen Union gefördert.
63 Die Corona-Krise hat auch aufgezeigt, dass Menschen in Entwicklungsländern noch
64 verwundbarer werden. Um sie vor Ausbeutung und Missbrauch zu schützen, brau-
65 chen wir gesetzliche Regelungen und Sanktionsmöglichkeiten.
66 Deswegen muss die Bundesregierung jetzt handeln und ihre Zusage aus dem Koali-
67 tionsvertrag umsetzen. Ein Lieferkettengesetz ist dabei ein wichtiger Baustein
68 zu einer gerechteren und nachhaltigen Gestaltung globaler Geschäftsbeziehungen.
69 Mit einem Lieferkettengesetz in Deutschland würde die Bundesregierung die Debatte
70 um Standards auf europäischer Ebene entscheidend prägen und die Basis für eine
71 Vorreiterrolle hiesiger Unternehmen bereiten. Bereits in anderen Industrienationen
72 gibt es solche Gesetze oder ähnliche gesetzliche Rahmenbedingungen..

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an das Präsidium

Beschluss:

- Nichtbefassung
- Annahme
- Überweisung an das Präsidium
- Ablehnung